

# UND SONST SO?

Jenseits von Corona – was Europa bewegt

## #28: KANN DAS WEG ODER IST DAS MEHRWEG?

Der Klimawandel ist ein abstraktes Problem. Seine Ursachen sind meist schwer nachvollziehbar oder finden vermeintlich weit entfernt von Europa statt. Seine Auswirkungen werden zumeist nicht bloß anderswo vermutet, sondern auch selten konkret mit dem eigenen Handeln verbunden. Sind die Auswirkungen aber spürbar, so ist es meist zu spät, um zu reagieren. Dabei können alle Menschen in Europa auch im Alltag viel zu einer klimafreundlicheren und saubereren Zukunft beitragen.

In den letzten Jahren – und erst recht im Angesicht der Pandemie – steigt der Trend zum Essen außer Haus oder zur Lieferung von fertigen Gerichten. Das spart Zeit, schmeckt gut und ist Symbol eines urbanen Lebensstils geworden. Zugleich verursachen Mitnahme und Lieferung von Lebensmitteln Berge von Verpackungsmüll. Nicht selten landen Pizzakartons, Schalen aus Styropor und zusätzliche Umverpackungen in Park- und Grünanlagen, an Ufern oder in Gewässern.

## 2023: SCHLUSS MIT EINWEG

Ab dem 1. Januar 2023 ist Schluss mit Einweg, zumindest in vielen Bereichen. Um der Flut an Plastik und Verpackungen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen und rechtlichen Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht. Dazu gehört etwa die Novelle des Verpackungsgesetzes als eine wesentliche Umsetzung von EU-Richtlinien. Danach werden ab 2023 Caterer, Lieferdienste und Restaurants verpflichtet, neben Einweg- auch Mehrwegbehälter für Essen und Getränke zum Mitnehmen anzubieten. Bereits ab dem 3. Juli 2021 wird der Handel mit Wegwerfprodukten aus Plastik wie Einwegbesteck und -Tellern, Wattestäbchen, Strohhalmen und Rührstäbchen verboten. Das gilt ebenso für To-Go-Becher und Einweg-Lebensmittelbehälter aus Styropor.



## EUROPA ERKLÄREN, EUROPA VERSTEHEN, EUROPA ERLEBEN – VOR ORT UND PRAXISBEZOGEN

Doch die Distanz zwischen europäischen Rahmenbedingungen, nationaler Umsetzung und kommunaler Ausführung ist meist groß. Hierfür müssen auch in Zukunft weiter die Wege von Brüssel in die eigene Nachbarschaft ausgebaut und genutzt werden. Europapolitik muss „vor Ort“ kommuniziert und gemeinsam mit allen Betroffenen in verständliche und akzeptierte Maßnahmen übersetzt werden. Was kommt im Zuge der beschriebenen Rechtsvorschriften auf uns – die Kommunen, die Gastronomie, die Verbraucher\*innen zu? Welche Lösungsansätze gibt es, wo liegen Anforderungen und Hemmnisse und wie kann man ihnen begegnen? Dem widmet sich unter anderem eine Gemeinschaftsveranstaltung der EAB mit der NGO wirBERLIN am 27. Mai 2021 – als hybride Veranstaltung im Livestream.

SCAN ME!

